

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	11. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	28. April 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

17.

Punkt 15 der Tagesordnung: Breitbandversorgung in Karlsruhe
Antrag der Stadträte Lüppo Cramer, Uwe Lancier, Dr. Eberhard Fischer,
Erik Wohlfeil und Max Braun (KULT) sowie der KULT-Gemeinderatsfraktion
vom 17. März 2015

Vorlage: 2015/0169

dazu:

Ergänzungsantrag der Stadträte Tilman Pfannkuch, Hermann Brenk, Jan Döring,
Thorsten Ehlgötz, Dr. Klaus Heilgeist und Dr. Albert Käuflein (CDU) sowie der
CDU-Gemeinderatsfraktion vom 27. April 2015

Vorlage: 2015/0254

Beschluss:

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 15 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Dazu gibt es noch einen Ergänzungsantrag der CDU.

Stadtrat Lancier (KULT): Der Antrag ist im Grunde schon länger von uns gewälzt worden. Die Situation ist in letzter Zeit immer wieder in der Presse dargestellt worden. Auch in der Umgebung gibt es Gemeinden, die festgestellt haben, dass es für ihre Ansiedlung von Industrie und Handel ein großer Vorteil ist, wenn sie eine entsprechende Breitbandversorgung anbieten. Teilweise nehmen Gemeinden das mittlerweile selbst in die Hand, wenn die Unternehmen nicht schnell genug oder unwillig reagieren, um eine Breitbandversorgung in den Industriegebieten, aber auch in den Wohngebieten, zu erreichen.

Wir haben hier in Karlsruhe eine relativ gute flächendeckende Versorgung mit Breitbandangeboten. Auch die städtischen Gewerbegebiete sind vergleichsweise gut ange-

bunden. Es gibt aber auch dort Lücken. Ich arbeite selber bei einer Firma, die in einem internationalen Konzern mit drin ist - 400 Mitarbeiter in Karlsruhe. Bis vor einem Jahr hatten wir eine 6 Mbit-Anbindung. Für eine Firma mit 400 Leuten eigentlich völlig unterdimensioniert. Das wurde mittlerweile auch korrigiert. Jetzt haben wir 20. Das ist immer noch nicht wirklich großartig. Es wurde mir aber von der EDV-Planung erklärt, dass eben in Karlsruhe an diesem Standort, der direkt am Westbahnhof liegt, nicht mehr zu bekommen wäre. Insofern ist eine Aktualisierung der Technik, die in der Stadt verfügbar ist, dringend geboten, insbesondere, nachdem wir ja jede Menge von Leuchtturmprojekten haben, die alle mehr oder weniger direkt mit Breitbandinformationstechnologie arbeiten oder sie nutzen würden, wenn sie sie denn bekämen. Insofern haben wir diesen Antrag daraufhin gestellt. Wir wollen erreichen, dass in der Stadt die Versorgung mit Breitband nicht mehr daran scheitert, dass man beispielsweise noch vor weniger als fünf Jahren die Straße aufgerissen hat und deswegen keine Genehmigung kriegt, irgendwo erneut die Straße aufzureißen, bloß um ein Glasfaserkabel zu verlegen, das mittlerweile als Verlegungstechnik zwingend erforderlich ist, da die Kupferteknik praktisch am Ende ist. Es wird sich sicher auch noch das eine oder andere nachbessern lassen. Kupfer wird sicher auch 100 Mbit irgendwann flächendeckend verfügbar machen. Aber es ist mittlerweile günstiger, so etwas über Glasfaser zu lösen.

Um eine solche Glasfaserverkabelung in der Stadt zu erreichen, brauchen wir in der Stadt Leerrohre. Es wäre ein großer Vorteil, wenn ein Unternehmen, das eine Glasfaserverkabelung durchführen will, eben nicht mehr gezwungen wäre, für jeden Kilometer, den sie irgendwo anbinden wollen, gleich wieder neue Rohre verlegen zu müssen, um dann dieses dünne Glasfaserkabelchen da reinzupusten. Insofern wollen wir mit diesem Antrag erreichen, dass die Stadt an allen Stellen, wo sie Einfluss hat, darauf drängt, dass Leerrohre verfügbar sind. Ob das jetzt parallel zu irgendwelchen Versorgungsleitungen, die bereits existieren, passiert, ob das explizit für die Verbindung von irgendwelchen Knotenpunkten geschaffen wird, ob das jetzt beispielsweise auch etwas exotischere Formen der Verlegung hat, die parallel zu den Schienen von der Straßenbahn, den Oberleitungen oder ähnlichen Technologien, die sich durch die Elektrik nicht stören lassen, weil Glasfaser in der Beziehung unempfindlich ist.

Insofern ist das die Ursache für diesen Antrag. Die Stellungnahme der Stadt ist befriedigend, als dass sie uns dabei unterstützen möchte bzw. selbst aktiv werden möchte, und es freut mich, dass wir die Aussicht haben, dass das demnächst passiert.

Stadtrat Brenk (CDU): Wir begrüßen selbstverständlich den Antrag der KULT. Eine sehr gute Idee. Wir wollen aber dem Antrag, wie die Stadtverwaltung es vorgeschlagen hat, so folgen. Glasfaserkabel, Lichtquellen brauchen wir heute zweifelsohne, aber wir brauchen die nicht in jedem Straßenzug und in jede Haushaltung. Wir fahren auch nicht in die einzelnen Straßen mit 100 km/h und haben in den einzelnen Wohnungen in den Waschbecken eine 2-Zoll-Wasserleitung, sondern wir haben eine 2-Zoll-Zuleitung ins Haus, letzten Endes ein Halbzollrohr am Wasserhahn, wo das Wasser rauskommt. So ähnlich ist es mit dem Glasfaserkabel und mit den Lichtquellen auch. Wir brauchen das in die einzelnen Gebiete, ob das Wohnungen sind oder Gewerbegebiete, aber nicht bis hinaus in den letzten Straßenzug. Wir unterstützen die Vorlage, so wie sie die Stadtverwaltung vorgelegt hat.

Stadträtin Ernemann (SPD): Wir unterstützen diesen Antrag auch. Ich bin auch froh, nach einer ablehnenden Haltung der Verwaltung im Jahre 2014, als die Grünen schon einmal einen Vorstoß gemacht haben, dass es jetzt von der Verwaltung anders gesehen wird und auch unterstützt wird. Die Unterstützung ist auch dringend notwendig. Ich teile jetzt nicht ganz die Meinung von meinem Kollegen Brenk. Ich war selbst erstaunt, als ich vor ein paar Wochen vor dem Bauamt Wettersbach gerufen worden bin. Die Deutsche Telekom verlegt direkt vor meinem Haus auch noch die Breitbandkabel. Wenn ich dann noch lese, was ich dann gleichzeitig alles machen kann, telefonieren, surfen, Internet und Fernsehen, dann habe ich überhaupt keine Zeit mehr für das Stadtratsmandat.

Wie dem auch sei, die Breitbandverkabelung zieht auch in den Bergdörfern ein. Ich bin ganz überrascht. Wir haben kein Industriegebiet. Auch Pforzheim, habe ich jetzt gelesen, ist Spitze in Deutschland. Das war letzte Woche in der Zeitung. Die Deutsche Telekom baut das Netz aus für 32.000 Haushalte für 4,6 Millionen. Auch da, und auch in den Landkreisen - ich verfolge das jetzt schon seit Jahren -, ist man also auf dem besten Weg, um den Standort Karlsruhe zu stärken und auch die Haushalte zu versorgen. Über den Anschluss freue ich mich. Vielen Dank, wir unterstützen das.

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Internetzugänge, die auch große Datenmengen übertragen können, gehören zu einer modernen Infrastruktur und haben sich zu einem wichtigen Standortfaktor entwickelt. Das können wir alle unterstreichen. Auch die mediale Berichterstattung zeigt ja, dass zunehmend Zug in das Thema kommt, zwar überwiegend mit dem Fokus auf den ländlichen Raum, aber wie wir auch gehört haben, obwohl in Karlsruhe im Querschnitt die Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen, mit Breitbandversorgung, sehr gut ist, gibt es halt blinde Flecken. Die Kollegin Ernemann hat es schon angesprochen. Wir hatten im Februar 2014 dort mittels Anfrage bei Ihnen mal nachgehakt. Damals wurde uns leider Gottes von der Verwaltung geantwortet, dass der Aufwand für die Erhebung dieser blinden Flecken den Ertrag, den man damit generieren kann, so sehr übersteigt, dass man dort nicht in die Prüfung rein will. Das hat sich jetzt inhaltlich geändert. Wir finden das sehr schön, wobei wir natürlich gerne dieses Jahr auch genutzt hätten, das jetzt ins Land gezogen ist, ohne dass wir jetzt genau wissen, wo die blinden Flecken sind, und wir noch Hinweise haben aufgrund der Nennung von Einzelnen. Wir haben jetzt gehört, im Bereich des Westbahnhofes. Es gibt auch noch den Storrenacker, den wir damals benannt hatten, jetzt als gewerbliche Nutzung. Auch in Wohnbereichen ist es sicherlich auch so, dass dort teilweise blinde Flecken sind.

Aus der Antwort, die wir damals auf die Anfrage bekommen haben, ist mir eine Formulierung aufgefallen, die ich gerne zitieren möchte. Uns wurde damals geantwortet: „ Für wirtschaftlich uninteressante Teilgebiete gibt es eventuell die Möglichkeit, die Aktivitäten der Telekommunikationsanbieter durch Investitionskostenzuschüsse zu unterstützen.“ Das hat uns damals auch schon überrascht. Die Kollegin Leidig hatte dann noch mal bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, nachgefragt. Sie haben auch dankenswerterweise geantwortet, dass nach damaligem Kenntnisstand keine Investitionszuschüsse gewährt werden sollen. Man bemühe sich aber derzeit zu dem Thema Breitbandversorgung ein Entscheidungspapier vorzubereiten. Dieses Schreiben war vom 08.05.2014. Da hätte uns jetzt schon mal interessiert, das ist jetzt auch ungefähr ein

Jahr her, wie ist es denn in diesem Entscheidungsprozess vorangekommen und zu welchem Entschluss sind Sie denn gekommen von Seiten der Stadtverwaltung in Ihrer internen Gruppe, das vorzubereiten.

Die CDU hat aus unserer Sicht eine sehr interessante Frage gestellt, nämlich nach der Fähigkeit, das über die Erschließungsbeiträge abzurechnen. Ich habe das dann heute versucht mal zu googeln, einfach Erschließungsbeitrag und Breitbandversorgung eingegeben. Da kriegen Sie so ungefähr 3 Millionen Klicks. Wir sind ja nicht die erste Kommune, die sich damit beschäftigt. Da war dann auch klar, was auch die Stadtverwaltung antwortet, dass es leider nicht möglich ist, das hier so zu machen. Was die Fördermöglichkeiten aber angeht bin ich etwas optimistischer. Ich habe mir heute die Verwaltungsvorschrift zur Breitbandförderung des Landes angeguckt. Auch wenn es sich auf den ländlichen Raum kapriziert, gibt es dort eine Formulierung unter 4.1: „In begründeten Einzelfällen können auch Maßnahmen im Verdichtungsraum gefördert werden, insbesondere bei Orten mit ländlicher Prägung.“ Sollte sich z. B. herausstellen, dass in den Höhenstadtteilen, wie jetzt eben gerade ausgeführt wurde, da noch Lücken sind, wäre das ja eine Möglichkeit. Ich habe mal angefragt, ob die Höhenstadtteile grundsätzlich ELR-fähig sind - Förderprogramm ländlicher Raum. Das wurde vom Regierungspräsidium bejaht. Da könnte man etwas machen.

Wir sind zufrieden mit der Antwort der Stadtverwaltung. Uns würde natürlich weiterhin interessieren, was aus diesem Entscheidungsprozess und dem Papier geworden ist, das Sie angekündigt haben und freuen uns auf die Berichterstattung, wenn dann die Lücken identifiziert wurden

Der Vorsitzende: Das Papier werden wir erforschen und Ihnen zur Verfügung stellen. Es hat sich in der Tat auch von der Bezuschussung das eine oder andere entwickelt oder es auch politisch in Aussicht gestellt. Das werden wir selbstverständlich noch einmal genauer zusammenstellen. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, wenn der Landkreis über Breitbandverkabelung redet, geht es da um einen Standard, der über dem liegt, den wir hier zum Teil haben. Der aktuelle Stand liegt natürlich dort weit unter dem, was wir schon haben. Insofern ist nicht das eine dasselbe wie das andere. Wir sehen uns da jetzt aber in einer aktiveren Rolle, da auch die IHK eine entsprechende Umfrage gemacht hat unter den Unternehmen, dort der Prozentanteil der Zufriedenheit bei den Unternehmen mit der entsprechenden Verkabelung natürlich deutlich über dem liegt, was man aus Karlsruhe-Land hat. Wenn man prognostiziert, welche Datenmengen in wenigen Jahren dort durch die Anlagen gehen müssen, dann merken wir, dass wir eigentlich unter dem Druck stehen, jetzt nachzurüsten, damit es morgen noch genau so gut wahrgenommen wird. An der Stelle hat sich etwas geändert. Frau Bürgermeisterin ist gerade dabei, das alles auch ein Stück weit nochmals zusammenzuziehen. Dann würden wir eben im Lauf des Jahres berichten. Insofern glaube ich auch nicht, dass wir Zeit verloren haben, aber es ist jetzt richtig, zu dem Zeitpunkt noch zu gucken, wo kriegen wir Zuschüsse her, wo müssen wir weiter ausbauen, um eben nicht irgendwann nicht hinter dem Landkreis oder der Entwicklung hinterher zu hinken.

Sie sehen das auch alle so.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
20. Mai 2015